

Steht die Freiheit im Widerspruch zum Umweltschutz?



OLIVIER KESSLER * • Mai 2019

Zusammenfassung

- Die in Mode gekommene Rousseausche Romantisierung der naturbelassenen Umwelt ignoriert, dass der enorme Anstieg der Lebensqualität der letzten Jahrhunderte nicht möglich gewesen wäre, wenn sich die Menschheit die Umwelt nicht untertan gemacht hätte. Der Naturzustand ist im Vergleich zum heutigen Leben die Hölle.
- Wirtschaftliche Freiheit und hohe Lebensstandards sind kein Widerspruch zu einer gesunden Umwelt. Im Gegenteil. Werden Bevölkerungszahl und Wirkungsmacht in Beziehung miteinander gesetzt, wurden von früheren Generationen, die wesentlich weniger wohlhabend lebten, weitaus grössere Umweltschäden angerichtet. Je reicher eine Gesellschaft ist, desto mehr nimmt sie tendenziell auf die Umwelt Rücksicht.
- Die Menschheit meistert Umwelt- und Klimafragen dann am besten, wenn Raum für das Tüfteln und Ausprobieren neuer Lösungen besteht, wenn Innovation nicht durch anmassende Gesetzgebung und Detailregulierung verhindert, sondern durch freien Wettbewerb befördert wird. Regelmässig bereichern uns im Wettbewerb stehende Unternehmen mit Innovationen, welche einen immer schonenderen Umgang mit der Natur ermöglichen.
- In einem wirklich marktwirtschaftlichen System sind Eigentumsrechte per Definition geschützt. Das reizt zu einem vorsichtigen Umgang mit knappen Ressourcen und einer nachhaltigen Produktion an, weil persönliches Eigentum durch Übernutzung oder Verschmutzung an Wert verliert und in schlechtem Zustand weniger Profite abwirft.
- Staatliche Regulierungen, die zum Schutz der Umwelt erlassen wurden, haben oftmals unvorhergesehene Konsequenzen, die insgesamt mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen.

* Der Autor, M.A. HSG in International Affairs and Governance, ist Vizedirektor am Liberalen Institut.

Die aktuellen Klimastreiks sind eine Aufforderung an die Adresse der Politik: Von ihr versprechen sich die Demonstrierenden Lösungen. Die eigenverantwortlich handelnden Bürger hat man dabei längst abgeschrieben: «Die Zeit für Freiwilligkeit ist vorbei», heisst es, und: «Um Verbote werden wir nicht herumkommen.»¹ Der Sündenbock wurde bereits ausfindig gemacht: Es sei der Kapitalismus, der Mensch und Natur ausbeute. Es brauche daher «einen strukturellen Wandel weg vom profitorientierten Wirtschaftssystem». In anderen Worten: Die Marktwirtschaft zerstört den Planeten, mehr staatliche Planung rettet ihn. Was ist an diesen Behauptungen dran?

Fest steht: Um überleben zu können, muss die Menschheit produzieren. Und um produzieren zu können, muss sie natürliche Ressourcen verwenden, die dafür zur Verfügung stehen. In jeglicher Nutzung von Ressourcen eine «Schädigung» der Umwelt zu verorten, verkennt, dass der Mensch auch ein Teil der Natur ist. Die künstliche Zweiteilung der Welt in eine reine, naturbelassene und saubere Umwelt einerseits und einen Fremdkörper namens Menschen andererseits, ist realitätsfern und bringt uns keinen Erkenntnisgewinn zur Lösung aktueller Herausforderungen.

Menschen wurden mit der Fähigkeit ausgestattet, ihren Verstand zu benutzen, dazu zu lernen, die Umwelt für sich nutzbar und sie sich untertan zu machen. Nur dank diesen Eigenschaften und der Bedingung wirtschaftlicher Freiheit war die historisch unglaubliche Leistung möglich, die Lebensstandards in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten exponentiell anwachsen zu lassen. Trotz der in Mode gekommenen Rousseauschen Romantisierung der naturbelassenen Umwelt, möchte heute sicherlich niemand mehr in prähistorischen Zeiten leben, als die Menschen regelmässig von Hungersnöten heimgesucht, von Epidemien dahingerafft und von wilden Raubtieren gejagt wurden. Die Existenz in einer naturbelassenen Umwelt ist im Gegensatz zum Komfort des modernen Lebens die Hölle.

Je wohlhabender, desto grüner

Wirtschaftliche Freiheit und hohe Lebensstandards sind kein Widerspruch zu einer gesunden Umwelt. Im Gegenteil. Werden Bevölkerungszahl und Wirkungsmacht in Beziehung miteinander gesetzt, wurden von früheren Generationen, die wesentlich weniger wohlhabend lebten, weitaus grössere Umweltschäden angerichtet: Die fast komplette Entwaldung der Adria-Küste durch die Römer und die weitflächige Rodung der europäischen Landschaften für den Ackerbau sind eindruckliche Beispiele.² Auch wurden in der Steinzeit diverse Tierarten ausgerottet.³

Vergleiche zeigen: Je reicher eine Gesellschaft ist, desto mehr nimmt sie tendenziell auf die Umwelt Rücksicht. Die Sensibilität für eine saubere Umwelt mag zwar

¹ Linda Koponen (15. März 2019). Klimastreik in Zürich: Das sind die Köpfe hinter der Bewegung. *Neue Zürcher Zeitung*. Abgerufen auf: <https://www.nzz.ch/zuerich/das-fordern-die-koepfe-hinter-der-zuercher-klimabewegung-ld.1467532>

² Vgl. dazu Bernhard Ruetz (2018). *Nachhaltig. Ethisch. Erfolgreich: Zehn Schweizer Unternehmen und ihre Geschichten*. Zürich: Ars Biographica.

³ Michael Miersch (2009). Ökologismus – Eine Gefahr für die Umwelt? In: Christian Hoffmann und Pierre Bessard (2009). *Natürliche Verbündete: Marktwirtschaft und Umweltschutz*. Zürich: Edition Liberales Institut.

nicht gleichzeitig bei einem entsprechenden Wohlstandsschub ansteigen und die zusätzliche Kaufkraft der neuen unteren Mittelschicht kann zunächst durchaus zu einem für die Umwelt nachteiligen Konsumschub führen, was ungeduldige Menschen dazu verleitet, eine zentralistische, politische Lösung einzufordern – ein Weg des Staatsinterventionismus also, der Wohlstand erfahrungsgemäss nicht schafft, sondern vernichtet. Trotzdem führt kein Weg zu einem besseren Umweltschutz an höheren Lebensstandards für breite Schichten vorbei. Umweltschutz wird für viele Menschen nur dann zu einer Priorität, wenn zunächst andere lebensnotwendige Bedürfnisse befriedigt werden. Für die weltweit Ärmsten geht es gemäss einer globalen Umfrage der UNO⁴ vor allem um Aspekte wie Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung. Das Thema Klimaschutz landete abgeschlagen auf dem letzten Platz der Prioritätenliste.

Wir brauchen daher in erster Linie ein Wirtschaftssystem, das den Lebensstandard möglichst vieler Menschen anhebt, damit sich immer mehr Leute dem Umweltschutz widmen können. Erfahrungsgemäss führt einzig eine Politik, die sich weitgehend aus dem Leben der Bürger heraushält zu diesem Ergebnis, und nicht eine solche, die dieses von A bis Z durchplanen will.⁵ Nur liberale Marktwirtschaften haben es geschafft, immer mehr Güter mit immer weniger Ressourcen herzustellen, während Verschwendung und grosse Umweltschäden vom Sozialismus ausgingen.

So ist beispielsweise der Konsum von Ozon-schädigenden Stoffen in den wirtschaftlich freisten Ländern von 1990 bis 2013 stark gesunken. In der Schweiz – dem gemäss dem Index wirtschaftlicher Freiheit⁶ wirtschaftlich viertfreisten Land der Welt – von 3393 auf eine einzige metrische Tonne (-99,97%), in Singapur – dem wirtschaftlich zweitfreisten Land – von 4855 auf 116 (-97,61%) und in Neuseeland – dem wirtschaftlich drittfreisten Land – von 1195 auf 8 metrische Tonnen (-99,33%). In wirtschaftlich unfreien Ländern hingegen ist dieser Konsum teilweise wesentlich weniger stark gesunken. In Argentinien etwa – dem Land, das auf dem Index wirtschaftlicher Freiheit den drittletzten Platz belegt – fand im gleichen Zeitraum nur eine Reduktion um 67,17% statt. Teilweise sind die absoluten Werte in den wirtschaftlich unfreien Ländern sogar gestiegen ist, wie etwa in Libyen – dem wirtschaftlich nach Venezuela unffreisten Land der Welt – von 135 auf 144 metrische Tonnen.⁷

Wirtschaftliche Freiheit geht auch nicht zwingend einher mit einer rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen wie etwa Holz. Die Waldfläche ist in der Schweiz seit 1990 von 11 510 auf 12 540 Quadratkilometer im Jahr 2015 gewachsen.⁸

⁴ Vgl. dazu die MY World-Umfrage, abgerufen auf: <http://data.myworld2015.org/>. Filtert man diese Umfrage so, dass nur die Länder mit einem geringen Wert beim Human Development Index (HDI) und Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau angezeigt werden (wobei hier angenommen wird, dass es diese Menschen sind, die am ehesten arm sind), wird klar, dass der Kampf gegen den Klimawandel den geringsten relativen Stellenwert auf der Prioritätenliste einnimmt.

⁵ Vgl. dazu: Index wirtschaftlicher Freiheit (2018). *Liberales Institut*. Abrufbar auf: <https://www.libinst.ch/?i=economic-freedom-index>

⁶ Index wirtschaftlicher Freiheit (2018). *Liberales Institut*. Abrufbar auf: <https://www.libinst.ch/?i=economic-freedom-index>

⁷ Human Progress. *All ozone-depleting substances consumption, ODP metric tonnes, 1990-2013*. Abgerufen auf: <https://humanprogress.org/dwdata?p=152&c0=160&c1=54&c2=191&yf=1990&yl=2013>. Von Hong Kong – dem wirtschaftlich freisten Land der Welt – liegen keine Zahlen vor.

⁸ Human Progress. *Forest area, square kilometers, 1990-2015*. Abgerufen auf: <https://humanprogress.org/dwline?p=558&c0=160&yf=1990&yl=2015&high=0®=1®1=0>

Auch in Neuseeland ist der Wald seit 1990 gewachsen: Von 96 580 auf 101 520 Quadratkilometer; genauso wie in Irland, dem wirtschaftlich fünftfreisten Land der Welt, wo der Wald von 4650 Quadratkilometer im Jahr 1990 auf 7540 Quadratkilometer im Jahr 2015 gewachsen ist.⁹

Es gibt zudem Indizien, dass das, was im globalen Vergleich gilt, auch im Kleinen gilt: Je wohlhabender ein Haushalt ist, desto schonender fällt der Umgang mit Ressourcen aus. Bernd Biliteski, Professor für Abfallwirtschaft, meint, man könne den Lebensstandard eines Haushalts sehr exakt an dessen Mülltonneninhalt erkennen: «Wohlhabende kaufen viel mehr frische Sachen ein und produzieren daher weniger Verpackungsabfall».¹⁰

Die wichtigsten Umweltprobleme im Westen sind gelöst. Nichtsdestotrotz führen eine alarmistische Propaganda und eine ideologisch motivierte mediale Dauerbesetzung dazu, dass in der allgemeinen Wahrnehmung die Umweltverschmutzung ständig zunimmt. Weil die wirklich bedrohlichen Schadstoffe zunehmend aus dem Produktionsprozess eliminiert worden sind, stürzen sich die Gegner der freien Marktwirtschaft seit geraumer Zeit nun auf das Kohlendioxid, ein lebensnotwendiger Stoff, ohne den wir gar nicht überleben könnten. Über das zum Leben notwendige CO₂ wird berichtet, als handle es sich dabei um ein Giftgas. Dabei ist das atmosphärische CO₂ – die chemische Verbindung aus Kohlenstoff und Sauerstoff – der primäre Stoff, den Pflanzen während des Prozesses der Photosynthese nutzen. Wie in buchstäblich Tausenden von Labor- und Feldstudien gezeigt wurde, wachsen Pflanzen umso besser, je mehr CO₂ es gibt. Sie brauchen in einer Umgebung mit höherem CO₂-Anteil auch weniger Wasser, um zu wachsen, was einen sparsameren Umgang mit Wasser fördert. Doch die positiven Effekte werden im Zuge der aktuellen Panikmache rund um eine angeblich vom CO₂-Ausstoß verursachte Klimaerwärmung ignoriert, obwohl es nicht unvorstellbar ist, dass die Vorteile des steigenden atmosphärischen Kohlendioxids netto die Kosten für die kommenden Jahre überwiegen könnten.¹¹

Freiheit und Wettbewerb führen zu umweltschonenden Innovationen

In der Vergangenheit hat die Menschheit Herausforderungen jeweils dann am besten gemeistert, wenn Raum für das Tüfteln und Ausprobieren neuer Lösungen vorhanden war, wenn Innovation nicht durch anmassende Gesetzgebung und Detailregulierung verhindert, sondern durch freien Wettbewerb befördert wurde. Wieso sollte es bei Umwelt- und Klimafragen anders sein?

Jahr für Jahr bereichern uns im Wettbewerb stehende Unternehmen mit Innovationen, welche der Umwelt zugutekommen. Dies wird beispielsweise ersichtlich bei

⁹ Ebd. Vom wirtschaftlich freisten Land Hong Kong, gibt es keine Zahlen, und in Singapur – dem wirtschaftlich zweitfreisten Land der Welt – sind die Waldflächen seit 1990 konstant geblieben.

¹⁰ Christian Ankowitsch (4. März 2010). Die andere Seite des Kehrichts. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen auf: <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/gesellschaft-leben/die-andere-seite-des-kehrichts-77079>

¹¹ Vgl. zum Ganzen: Craig D. Idso (23. September 2013). Mr. President, CO₂ Is Not Pollution, It's the Elixir of Life. Cato Institute. Abgerufen auf: <https://www.cato.org/publications/commentary/mr-president-co2-not-pollution-its-elixir-life>

der Betrachtung einiger aktueller Gewinner des Innovationspreises für Klima und Umwelt¹²: Eine Firma wurde ausgezeichnet für die Entwicklung eines Systems, welches Strom für den Lebensmitteleinzelhandel spart, indem das gesamte Energiemanagement für die Kühlung der Kühlregale und die Gebäudeheizung über kleine, hermetisch dichte Wärmepumpen mit dem fluorfreien Kältemittel R290 (Propan) realisiert wird. Ein anderes Unternehmen erhielt einen Preis, weil es ihr gelang, Grasfasern als Rohstoff für die Papierherstellung rein mechanisch und ohne chemische Zusätze aufzubereiten, um damit umweltfreundlicheres Papier zu entwickeln. Wieder eine andere Firma wurde ausgezeichnet, weil sie eine Technologie entwickelte, die drei herkömmliche Maschinen im Spinn- und Strickprozess in der Textilherstellung durch eine einzige ersetzt und somit Energie und Rohstoffe einspart. Technologische und unternehmerische Innovationen, die hauptsächlich im freien Wettbewerb entstehen, begünstigen also einen schonenden Umgang mit Ressourcen – aus reiner Profitlogik übrigens, denn wer Ressourcen bei der Produktion einspart, spart Geld und macht höhere Gewinne.

Neue Technologien helfen ebenfalls dabei, Umweltschäden zu reduzieren. So ermöglichen es etwa moderne Verfahren der Emissionsmessung von Abgasen direkt beim Emittenten zu bestimmen, von wem eine entsprechende Verschmutzung ausgeht. Damit können Einzelne verursachergerecht zur Kasse gebeten werden, was finanzielle Anreize für den Einzelnen schafft, um sich umweltbewusst zu verhalten. Mittels Satellitenüberwachung können Bewegungen von einzelnen Meerestieren oder ganzer Fischschwärme verfolgt werden, was die Zuordnung zu bestimmten Eigentümern erleichtert. Fangschiffe können via Videoüberwachung kontrolliert werden, um den Rückwurf von Beifängen zu verhindern.¹³ Auch die Gen- und Biotechnologie leistet einiges für den Schutz der Umwelt: So müssen beispielsweise rund 30 Prozent weniger Insektizide versprüht werden und die Umweltbelastung ist um einen Drittel reduziert worden, weil Baumwolle durch Veränderung eines Gens gegen gewissen Schädlingsbefall immun geworden ist.¹⁴ Das Potenzial, das neue Technologien für einen besseren Umweltschutz haben, ist enorm und mit den sich weiterentwickelnden Technologien tun sich immer weitere Chancen auf, die Umweltbelastung zu minimieren.

Die wichtige Rolle der Eigentumsrechte

In einem wirklich marktwirtschaftlichen System – nicht zu verwechseln mit der heutigen Mischwirtschaft, wo der Staat in immer mehr Bereiche hineinredet – sind Eigentumsrechte per Definition geschützt. Das reizt zu einem vorsichtigen Umgang

¹² Vgl. dazu: Der Innovationspreis für Klima- und Umwelt (2017). *Preisträger 2017*. Abgerufen auf: <https://www.iku-innovationspreis.de/iku-info/preistraeger/preistraeger-2017.php>

¹³ Vgl. zum Ganzen: Steffen Hentrich (2009). Markt- oder Staatsversagen? Das Dilemma der Umweltpolitik. In: Christian Hoffmann und Pierre Bessard. *Natürliche Verbündete – Marktwirtschaft und Umweltschutz*. Zürich: Edition Liberales Institut.

¹⁴ Peter Fischer (19. Mai 2019). Was liberale Ökonomen zur Gen- und Biotechnologie zu sagen haben. *Neue Zürcher Zeitung*.

mit knappen Ressourcen und einer nachhaltigen Produktion an, weil persönliches Eigentum durch Übernutzung oder Verschmutzung an Wert verliert und in schlechtem Zustand weniger Profite abwirft.

So bewirtschaftet etwa die private Firma Precious Woods in Brasilien und Gabun 1,1 Millionen Hektaren Naturwald, was von der Fläche her dem gesamten Wald der Schweiz entspricht. Eigentumsrechte spielen dort für die Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle: Zwischen den Ernten lässt das Unternehmen dem Wald genügend Zeit, um nachwachsen zu können, nämlich zwischen 25 und 35 Jahre, und schützt diese Gebiete auch vor Wilderern. Das Unternehmen trägt damit mit seinen privat bewirtschafteten Zonen zum Schutz der Biodiversität bei, weil sich etwa Gorillas und Elefanten vorzugsweise in diesen geschützten Gebieten aufhalten. Vom Staat geschützte Gebiete sind privat bewirtschafteten Zonen unterlegen, wie Studien gezeigt haben: Das Wachstum des Waldes in einer bewirtschafteten Zone beträgt in einem 35-jährigen Zyklus 128 Kubikmeter pro Hektar, während dieses in staatlichen Schutzgebieten nur 35 Kubikmeter beträgt.¹⁵

Ein weiterer wichtiger Faktor beim schonenden Umgang mit knappen Ressourcen ist der marktwirtschaftliche Preismechanismus: Wenn sich Güter in Privatbesitz befinden und Menschen mit ihren Eigentumstiteln handeln, entstehen Preise, die die tatsächliche Knappheit von Ressourcen anzeigen. Diese Knappheitssignale tragen zum Schutz des Bestandes dieser Ressource bei. Ein Beispiel: Je mehr Fische es in einem Teich hat, desto schneller wird beim Angeln einer anbeissen. Umgekehrt vergrössert sich die Wartezeit der Angler, je leerer dieser Teich wird. Zeit ist Geld, denken sich die Angler und suchen sich andere Orte. Steigende Produktionskosten machen es lohnenswert, sich nach günstigeren Alternativen umzusehen. Der Preismechanismus trägt also oftmals dazu bei, dass sich knapper werdende Bestände wieder erholen können.

Entscheidet jedoch eine zentrale Behörde über die Zuteilung von knappen Gütern oder greift sie übermässig in Eigentumsverhältnisse ein, hat dies praktisch immer Auswirkungen auf die Preise. Preise werden durch staatliche Interventionen verzerrt, sodass diese nicht mehr als zuverlässige Knappheitsindikatoren herhalten können. Ohne Preissignale kommt es viel eher zu einer Aufzehrung knapper Ressourcen, wie die leeren Regale in Einkaufsläden in diversen sozialistischen Planwirtschaften bewiesen haben.

Die freie Preisbildung trägt aber unter wettbewerblichen Bedingungen noch in einer weiteren Form zum schonenden Umgang mit knappen Ressourcen bei. Meist wählen die Konsumenten schon rein deshalb die ressourcenschonendsten Produkte, indem sie sich nach dem günstigsten Preis orientieren.¹⁶ Je günstiger ein Produkt ist, desto weniger knappe Ressourcen wurden zu seiner Herstellung verwendet. Voraussetzung dafür ist, dass im gesamten Prozess keine politischen Interventionen diese

¹⁵ Vgl. zum Ganzen: Liberales Institut (September 2018). *Ökologische Nachhaltigkeit dank Freiheit*. Abgerufen auf: <https://www.libinst.ch/?i=oekologische-nachhaltigkeit>

¹⁶ Rahim Taghizadegan (2009). Umweltschutz jenseits der Rationalität. In: Christian Hoffmann und Pierre Bessard. *Natürliche Verbündete – Marktwirtschaft und Umweltschutz*. Zürich: Edition Liberales Institut. S. 50.

Preisbildung verzerren, wie etwa staatlich verbilligte Energiepreise. Ein tieferer Preis zeigt an, dass im Produktionsprozess eine effizientere Ressourcennutzung stattgefunden hat als bei vergleichbaren Produkten mit höherem Preis. So verteuert etwa ein längerer Transportweg ein Produkt im Vergleich zu einem, das in der Region hergestellt wurde, wobei das nicht der einzige Faktor ist, der den Preis beeinflusst. Je nach Jahreszeit kann es umweltschonender sein, Produkte von weiter weg zu importieren, wie nachfolgendes Beispiel zeigt.

Um den Bedarf nach Äpfeln in Deutschland zu decken, werden rund 60 Prozent aus dem Ausland importiert, obwohl das Land über beträchtliche Obstanbaugebiete verfügt. Auf der Südhalbkugel sind insbesondere in Neuseeland, Chile und in Südafrika riesige Anbaugebiete entstanden, die einen grossen Teil der Ernte zwischen Mai und September in den Norden liefern. Zwar beträgt der Transportweg eines neuseeländischen Apfels rund 20 000 Kilometer, was zunächst absurd erscheinen mag. Doch trotzdem ist die Ökobilanz dieser Äpfel in den wärmeren Monaten besser als jene regionaler Äpfel, wie Michael Blanke vom Institut für Nutzpflanzenwissenschaften und Ressourcenschutz an der Universität Bonn ausgerechnet hat: Die monatelange Lagerung deutscher Äpfel über den Sommer benötige mehr Energie als der Transport um die halbe Welt. Besonders schlecht sei die Ökobilanz bei Äpfeln, die direkt beim Biobauer im Hofladen verkauft würden, da viele Stadtbewohner extra aufs Land fahren, um sich solche zu besorgen und diese kleineren Betriebe mehr Energie verschwendeten als ein grösserer Betrieb.¹⁷

Tragik der Allmende

Klimaaktivisten versuchen durch ihre «Mehr Staat»-Rhetorik jedoch eine weitere Schwächung dieser umweltschonenden Eigentumsordnung zu erreichen und befördern damit die berühmte Tragik der Allmende herauf, die zu einer Übernutzung knapper Ressourcen führt, die Umwelt ausbeutet und sie massiv schädigt. Als Allmende wird ein Stück Land bezeichnet, das sich im Kollektivbesitz befindet. Ein Stück Land, das also von mehreren Bauern benutzt und geteilt wird. Diese Bauern werden ihre eigenen Kühe jeweils möglichst lange auf diesem Grundstück grasen lassen, weil dies auf Kosten der anderen Bauern geht. Sie haben keinen Anreiz, ihre Kühe rechtzeitig wegzuführen, damit es nicht zur Überweidung kommt, weil dann einfach die anderen Bauern ihre Kühe dort weiden lassen würden. Durch diese Übernutzung von Kollektivgütern entstehen nachhaltige Schäden an der Umwelt.

Die Tragik der Allmende offenbart sich beispielsweise, wenn Eigentumsrechte an Flüssen nicht klar zugewiesen sind: So hat etwa eine Baumwollfarm, die weiter oben am Fluss platziert ist, keinen Anreiz, mit dem Wasser schonend umzugehen, weil die Kosten einer ineffizienten Nutzung nicht bei der Baumwollfarm, sondern weiter unten am Fluss anfällt, wenn dort das Wasser knapp wird. Dieses Phänomen der Kostenabwälzung auf Dritte wird in der Ökonomie «externe Kosten» genannt. Doch

¹⁷ Vgl. zum Ganzen: Alexander Neubacher (2012). *Ökofimmel – Wie wir versuchen, die Welt zu retten – und was wir damit anrichten*. München: DVA. S. 73-76.

diese Probleme wären in einer Ordnung mit klar zugewiesenen Eigentumsrechten lösbar: In einer solchen Ordnung könnte etwa durch die Messung der Zu- und Abflussstärke beim Grundstück der Baumwollfarm überprüft werden, ob der Grundstückbesitzer die Wasserressourcen überbeansprucht und damit schadenersatzpflichtig wird gegenüber jenen Bewohnern, die weiter unten am Fluss wohnen.

Wäre die Eigentumsordnung intakt, könnte man gegen die Verursacher von Umweltschäden klagen, die damit Leib, Leben und Eigentum ihrer Mitmenschen in Mitleidenschaft ziehen. Durch den Preismechanismus und allfällige mögliche Schadenersatzzahlungen werden die Menschen dazu angehalten, sich möglichst umweltschonend zu verhalten.

Risiken und Nebenwirkungen

Etatisten, die dieser Eigentumsordnung feindlich gesinnt sind, antworten auf die entstehende Tragik der Allmende meist mit Forderungen nach mehr staatlicher Regulierung, um eine Übernutzung von Ressourcen und eine Verringerung des Bestands zu verhindern. Friedrich August von Hayek entlarvte diese Vorstellung, wonach eine zentrale Behörde durch entsprechende Detailanordnungen ein optimales Ergebnis herbeiführen könne, als Illusion. Das dahinterstehende Grundproblem sei die Wissensanmassung einer kleinen Gruppe. Diese Gruppe – und mag sie noch so klug und gebildet sein – wird nie dasjenige Wissen über sämtliche Bedürfnisse der Menschen und über aktuelle Ressourcen-Knappheiten auf sich vereinen können, wie es ein freier Markt unter Einbezug aller Marktteilnehmer zu erreichen und in Preisen auszudrücken vermag.

Fred L. Smith bringt das eben beschriebene Dilemma treffend auf den Punkt:

Ein Blick auf die Biodiversität lässt die Komplexität der staatlichen Umweltschutzaufgabe sichtbar werden. Der berühmte Biologe und Umweltschützer E. O. Wilson schätzt, dass es etwa 10 Millionen schützenswerte Tier- und Pflanzenarten gibt. Keine kleine Aufgabe, schliesslich gibt es weltweit etwa 200 Regierungen – die meisten davon schaffen es kaum, ihre menschliche Bevölkerung zu schützen. Wie sollten diese beschränkten staatlichen Institutionen die Komplexität ganzer Ökosysteme überwachen können, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ihre vergleichsweise einfachen Aufgaben zu erfüllen? Umgekehrt lässt sich feststellen: Es gibt fast sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten, von denen sich viele sehr um ihre Umwelt sorgen. Wenn sich nur eine kleine Auswahl dieser Menschen um spezifische Spezies kümmern würden, wäre diese gewaltige Aufgabe sehr viel einfacher zu lösen. Dies würde jedoch eine Ausweitung eines Systems der Eigentumsrechte und privaten Verantwortung erfordern (ökologische Privatisierung).¹⁸

Zudem haben staatliche Regulierungen, die vermeintlich dem Schutz der Umwelt dienen, meist auch noch unvorhergesehene Konsequenzen. Folgendes Beispiel illustriert dies gut: In den USA führte der staatlich verordnete Schutz des Fleckenkauzes, des Kokardenspechts und des Brasilianischen Sperlingskauzes zu einem abrupt-

¹⁸ Fred L. Smith (2009). Für einen liberalen Umweltschutz. In: Christian Hoffmann und Pierre Bessard. *Natürliche Verbündete – Marktwirtschaft und Umweltschutz*. Zürich: Edition Liberales Institut.

ten Baumsterben, weil private Grundstücke, auf denen solche Vögel entdeckt wurden, zu geschützten Reservaten erklärt wurden. Dies kam einer faktischen Enteignung der Grundbesitzer gleich. Sobald die Eigentümer also solche Vögel bei sich entdeckten, holzten sie die Bäume auf ihren Grundstücken ab, um einer solchen Enteignung zuvorzukommen. Doch dabei blieb es nicht: Der Holzkonzern Weyerhaeuser nutzte die staatlichen Schutzbestimmungen für nicht ganz uneigennützige Zwecke: Er heuerte Biologen an, die auf Grundstücken, die nicht dem Konzern selbst gehörten, Ausschau nach diesen Vogelarten hielten, um dies dann bei den Behörden zu melden. So breiteten sich die Schutzgebiete rasant aus und der Unternehmensgewinn von Weyerhaeuser schoss um 80 Prozent in die Höhe.¹⁹

Ein weiteres Beispiel: Für energetisch wirksame bauliche Massnahmen wie etwa Gebäudeisolierungen erhalten Bürger vom Staat Subventionen. Die Politik bezweckt damit die Einsparung von Heizöl. Doch als die Leute aufgrund dieser staatlichen Anreize ihre Häuser zu bestens isolierten Festungen umzubauen begannen, um ein paar Liter Heizöl einzusparen, führte dies zu ungeahnten Problemen: Aufgrund der guten Isolierung zirkuliert die Luft nicht mehr und der Schimmelpilz breitet sich munter aus. Experten schätzen, dass bereits etwa die Hälfte aller Haushalte ein Fäulnisproblem habe. Ein Haus muss aufgegeben werden, wenn tragende Balken von solchen Pilzen durchdrungen sind. Beim Menschen führt der Schimmelpilz ausserdem zu gesundheitlichen Schäden wie etwa Lungenentzündungen, Asthma und der lebensbedrohlichen Infektionskrankheit Aspergillose. Die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz schlägt derweil Alarm: Es macht Anti-Schimmel-Chemikalien für die Verseuchung von Bächen und Flüssen verantwortlich.²⁰

Der geforderte Klima-Interventionismus hätte aller Voraussicht nach nicht nur solch unvorhergesehene und schädliche Konsequenzen, sondern noch viel grundsätzlichere Folgen für das menschliche Zusammenleben: Je mehr der Staat eingreift, desto mehr kommt es zu einer Verschiebung der Macht von den Bürgern zur Politik. Die Folgen sind bekannt: Verhängnisvolle Anmassung von Wissen, haarsträubende Ressourcenverschwendung, Bereicherung einiger weniger privilegierter Interessensvertreter auf Kosten der Allgemeinheit und relative Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Marktwirtschaft und Umweltschutz sind natürliche Verbündete und stärken sich gegenseitig. Bevor man nun noch mehr sozialistische Rezepte und Medikamente verabreicht, sollte man zunächst die Packungsbeilage zu den Risiken und Nebenwirkungen lesen. Anstatt die Freiheit abzuschaffen, wäre der Umwelt besser gedient, würden sich die Streikenden in der Forschung, der Bildung und der Wirtschaft betätigen, um dort noch nachhaltigere und umweltschonendere Produktionsmethoden zu entwickeln.

¹⁹ Rahim Taghizadegan (2009). Umweltschutz jenseits der Rationalität. In: Christian Hoffmann und Pierre Bessard. *Natürliche Verbündete – Marktwirtschaft und Umweltschutz*. Zürich: Edition Liberales Institut. S. 48.

²⁰ Vgl. zum Ganzen: Alexander Neubacher (2012). *Ökofimmel – Wie wir versuchen, die Welt zu retten – und was wir damit anrichten*. München: DVA. S. 31-36.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2019, Liberales Institut.